

**Antrag: Eine Stelle in der Beratung für Internationale Studierende schaffen
zur 5. Sitzung des 29. Studierendenparlaments am 02.06.2022**

Antragstellende: Referent_innenRat (refrat@refrat.hu-berlin.de)

Beschlussvorlage:

Das StudentInnenparlament richtet im RefRat zum 01.07.2022 eine Stelle à 40h/Monat in Anlehnung an den TV Stud III (12,96€/h) zur Erhaltung der Beratung für internationale Studierende ein.

Mit der Umsetzung wird der RefRat beauftragt.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei Annahme von voller Beschäftigung ist mit einer Belastung des Haushaltes von rund 6300€ jährlich zu rechnen.

Begründung:

Liebe Parlamentarier_innen des Studierendenparlaments,
während der TV-Stud und TV-L Auseinandersetzung mit der Universität 2019 kam es auch zur Bedrohung mehrerer Stellen im vom RefRat verwalteten studentischen Sozialberatungssystem, da diese zuvor aus dem Haushalt der HU finanziert wurden. So fielen damals einige Stellen weg, die zuvor aus dem Haushalt der Universität finanziert wurden. Die Enthinderungsberatung z.B. konnte nur dadurch erhalten werden, dass das Studierendenparlament eine Stelle schuf, die aus dem Haushalt der verfassten Studierendenschaft finanziert wird.

Innerhalb der gleichen Auseinandersetzung konnten die beiden Stellen in der Beratung für internationale Studierende (<https://www.refrat.de/beratung.auslaenderinnen.html>) erhalten werden, indem sie weiterhin aus dem Haushalt der Universität finanziert, aber an das Büro für Internationales angegliedert wurden. Während die Stellen zunächst gerettet waren, hat diese Regelung den beträchtlichen Nachteil, dass es nicht länger der verfassten Studierendenschaft – vertreten durch den RefRat – obliegt, ob Stellen neu besetzt werden. Vielmehr sind wir auf die Einsicht der Universität angewiesen.

Seit April dieses Jahres ist nun eine der zwei Stellen vakant und das zuständige Präsidialamt weigert sich, trotz mehrfacher Bitten der übriggebliebenen Angestellten die Stelle neu zu besetzen. Vermutlich ist geplant, stattdessen das Geld in weitere Stellen im Büro für Internationales zu stecken. Der SSBS zeichnet sich im Gegensatz zu allen Beratungsangeboten der Universität und des Studierendenwerkes durch eine parteiliche Peer-to-Peer Beratung aus. Das heißt, hier beraten Studierende andere Studierende und stehen ohne Wenn und Aber auf deren Seite. Der RefRat ist von dieser Regelung überzeugt, da sich die Berater_innen so besser in die Situation der Ratsuchenden einfühlen können und nicht an Interessen ihrer Institutionen gebunden sind, die den Bedürfnissen der Ratsuchenden entgegenstehen. Wir sind daher fest überzeugt, dass eine fehlende Stelle im SSBS nicht durch eine im Büro für Internationales ersetzt werden könnte.

Vor dem Hintergrund des eskalierten Krieges in der Ukraine und der damit einhergehenden Flucht vieler ukrainischer und internationaler Studierender, gewinnt die Unterbesetzung der Beratung für Internationales eine neue Brisanz und Dringlichkeit, die sich auch in der Belastung der verbliebenen Beraterin deutlich zeigt. Aber auch unabhängig von diesem Konflikt macht es die Ungleichbehandlung von internationalen Studierenden sowie deren spezifische Probleme mit deutschen Behörden notwendig, die Beratung für internationale Studierende im SSBS unabhängig von der Einsicht der Universitätsleitung abzusichern. Aus diesem Grund soll zumindest eine der Stellen in Zukunft aus dem Haushalt der verfassten Studierendenschaft finanziert werden, sodass wir zumindest hier wieder volle Kontrolle über Neueinstellungen haben. Daher bitten wir um eure Zustimmung zum vorliegenden Finanzantrag.